

ANFRAGE Stadtrat Niko Fostiropoulos (Die Linke) vom 26. August 2008	Gremium: Termin: Vorlage Nr.: TOP:	53. Plenarsitzung Gemeinderat 23.09.2008 1527 28 öffentlich
Personelle Besetzung der Ausländer- und Staatsangehörigkeitsstelle bei Bürgerservice und Sicherheit (BuS)		

1. Wie hoch ist die Zahl der Fälle, die ein/e Mitarbeiter/in in der Ausländerstelle bei BUS im Durchschnitt betreut?
2. Wie hoch sollte die maximal Fallzahl pro Mitarbeiter/in nach den Vorgaben der Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (KGSt Köln) sein?
3. Wie viel Bearbeitungszeit bleibt im Durchschnitt für einen einzelnen Fall?
 - 3.a) Wie viel Zeit werden pro Fall für Beratung und Kundenbetreuung benötigt?
 3. b) Wie viel Zeit bleibt dann noch für die Aktenbearbeitung des einzelnen Falles?
4. Werden die Mitarbeiter/innen der Ausländerstelle regelmäßig anhand der laufenden Gesetzes- und Rechtsprechungslage fortgebildet?
5. Wie viele Stunden im Jahr beträgt die von der Stadt gewährte Fortbildung eines/einer Mitarbeiterin im Durchschnitt?
6. Wie groß ist der Fortbildungsetat speziell für die Ausländerstelle bei Bürgerservice und Sicherheit?
7. Welche Qualitätsmerkmale für eine kundenfreundliche, professionelle, integrationsfreundliche und kompetente Beratung liegen der personellen und materiellen Ausstattung der Ausländerstelle bei BUS zugrunde?
8. Welche Qualitätsziele sind vorhanden, werden diese regelmäßig überprüft?
9. Hat die Stadtverwaltung die konkreten Hinweise in dem Schreiben von RA Franz Hoß, Ehrenvorsitzender der AWO, datiert 22.07.08, an Bürgermeister Denecken im Hinblick auf den Beratungs- und Weiterbildungsaufwand in ausländer- und asylrechtlichen Fragen zu Kenntnis genommen, bzw. darauf, dass es für die Mitarbeiter/innen der Ausländerstelle keinen angemessenen Fortbildungsetat gibt?
10. Hat die Stadtverwaltung die konkreten Hinweise in dem Schreiben von RA Franz Hoß, Ehrenvorsitzender der AWO, datiert 22.07.08, an Bürgermeister Denecken zur Kenntnis genommen, in dem die Besorgnis geäußert wird, dass die Mitarbeiter/innen der Ausländerstelle bei allem Engagement angesichts der Zahl der Fälle überlastet sind?
11. Warum ist die Stadtverwaltung in ihrem Antwortschreiben (EBM König vom 12.08.08) nicht auf diese Punkte eingegangen, sondern in nichtssagenden Allgemeinplätzen verblieben?

12. Ist die Stadtverwaltung bereit, aufgrund der Hinweise in den Schreiben von RA Hoß vom 22.07.08 und vom 21.08.08 zum Thema ‚Personelle Besetzung der Ausländerstelle im Rahmen von Bürgerservice und Sicherheit‘ eine Organisationsuntersuchung durchzuführen mit dem Schwerpunkt

- ob die erforderlichen Stellen vorhanden sind und ob die Mitarbeiter/innen über die erforderlichen materiellen und zeitlichen Ressourcen verfügen, die Beratung professionell und kundenfreundlich im Sinne der Selbstverpflichtung im Rahmen der Karlsruher Leitlinien zur Integration durchzuführen
- ob die erforderlichen Fortbildungsmöglichkeiten entsprechend der sich verändernden Rechtslagen vorhanden sind
- ob den Mitarbeiter/innen die erforderlichen Ressourcen zur Verfügung stehen (Angebote und entsprechende Zeitbudgets), um die für eine gute Beratung notwendigen Sprachkenntnisse zu erwerben und zu pflegen?

Sachverhalt / Begründung:

In einem Schreiben an Bürgermeister Denecken vom Juli 2008 hat RA Franz Hoß, Ehrenvorsitzender der AWO, die Karlsruher Stadtverwaltung dezidiert auf die immensen Erfordernisse einer professionellen Rechtsberatung in diesem Themenbereich hingewiesen. Im Hinblick auf die Ausländerstelle der Stadt bei Bürgerservice und Sicherheit wurde die Besorgnis geäußert, dass die Mitarbeiter/innen dort aufgrund zu hoher individueller Fallzahlen ständig überlastet sind und sie damit den z. B. in den Karlsruher Leitlinien zur Integration formulierten Ansprüchen auf professionelle und kundenfreundliche Beratung nur schwer nachkommen können.

Hingewiesen wurde auch auf die sich ständig fortentwickelnde Rechtsprechung und sich veränderte Gesetze und Vorschriften. Dem scheint die Fortbildung der Mitarbeiter/innen, bzw. der Fortbildungsetat der Ausländerstelle in keiner Weise Rechnung zu tragen.

Die im Großen und Ganzen sich in Allgemeinplätzen ergehende Antwort der Stadtverwaltung durch Herrn EBM König vom 12.08.08 lässt erforderlich erscheinen, dass der gesamte Sachverhalt überprüft werden und gegebenenfalls die Ausstattung der Ausländerbehörde spürbar verbessert werden muss – um den von Stadt und Gemeinderat getragenen Zielen einer wohlwollenden Integrationsbereitschaft Rechnung zu tragen, wie sie jüngst in den Karlsruher Leitlinien zur Integration festgehalten worden sind.

unterzeichnet von:
Niko Fostiropoulos

Hauptamt - Sitzungsdienste -
11. September 2008